

Zürich und Weiningen, 27. Januar 1997

KR-Nr. 24/1997

POSTULAT von Peter Biemann (CVP, Zürich), Alfred Rissi (FDP, Zürich) und Hans-Peter Züblin (SVP, Weiningen)

betreffend Lehrstellenförderung

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie die Lehrstellenförderung über die Submissionsverordnung aktiver gestaltet werden kann.

Peter Biemann
Alfred Rissi
Hans-Peter Züblin

Begründung:

Die Schweiz zählte Ende 1996 bei steigender Tendenz 4,2% Jugendarbeitslosigkeit (unter 25 Jahren). Nach den Erhebungen des BIGA und des Bundesamts für Statistik werden heute pro Jahrgang rund 8'000 Jugendliche nicht ausgebildet. Das bedeutet, dass Tausende junger Menschen jeden Jahrgangs von teilweiser oder vollständiger Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung aus dem Lern- und Arbeitsprozess gefährdet sind. Das bedeutet auch sozialen Sprengstoff für die Zukunft. Bis ins Jahr 2005 wird sich die Lage - auch im Kanton Zürich - aufgrund der demografischen Entwicklung nochmals drastisch verschärfen. Herausgefordert sind damit Wirtschaft, Berufsverbände, Politik und Verwaltung.

Das Gewerbe kommt seiner Ausbildungsverantwortung seit Jahren konsequent nach. Auch in den jüngsten, wirtschaftlich schwierigen Jahren hat es die Lehrstellenzahl nicht abgebaut, sondern erhöht; dem steht eine Zunahme der Schulabgänger mit steigender Tendenz gegenüber. Das heisst, dass die von den gewerblichen Betrieben im Kanton Zürich angebotenen Lehrstellen nicht mehr genügen, zumal gleichzeitig in grossen Dienstleistungsbetrieben Lehrstellen abgebaut worden sind.

Das Gewerbe ist besonders in wirtschaftlich schlechten Zeiten auf Aufträge der öffentlichen Hand angewiesen. Der Kanton Zürich kann auch die Submissionsverordnung zur Lehrstellenförderung einsetzen. Wird stärker als bisher das Kriterium der Lehrlingsausbildung unter die 1. Priorität bei der Auftragsvergabe eingereiht, leistet der Kanton Zürich den gewünschten Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Aufrechterhaltung einer qualifizierten Berufsbildung. Der Regierungsrat wird deshalb eingeladen zu prüfen, wie das Instrument der Submissionsverordnung mit Zielrichtung Investitionen in den vorhandenen aktiven Markt noch besser als Lenkungsmittel eingesetzt werden kann: "Lehrstellenförderung durch eine volkswirtschaftliche Arbeitsvergebung".